

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 14. Oktober 2004, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Marcel Huggenberger, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 45
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Protokoll: Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Martin Frey, Finanzverwalter

Entschuldigt Rudolf Bärlocher, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Barbara Meier, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
Werner Meister, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
Leo Scherer, Mitglied des Einwohnerrates, WG
Anton Spörri, Mitglied des Einwohnerrates, SP

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 9. September 2004
 - 2.1 Einbürgerung; Bonni Alessandra, geb. 18. September 1988, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Gerstenstrasse 16
 - 2.2 Einbürgerung; Etiopia Rosanna, geb. 28. März 1987, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 49a
 - 2.3 Einbürgerung; Lojpur Luka, geb. 22. Juli 1986, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 27
 - 2.4 Einbürgerung; Pivic-Spasic Desanka, geb. 13. August 1953, und Pivic Bojana, geb. 23. Oktober 1987, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Ahornweg 3
 - 2.5 Einbürgerung; Saccomanno Mato Marquez Manola, geb. 27. Oktober 1965, italienische Staatsangehörige, Mato Saccomanno Alessia, geb. 22. April 1997, und Mato Saccomanno Mario, geb. 18. Dezember 2002, beide spanische Staatsangehörige, alle wohnhaft in Wettingen, Schönaustrasse 27
 3. Voranschlag 2005
 4. Vereinbarung über die Organisation der Oberstufe in Wettingen und Würenlos
 5. Kreditbegehren von Fr. 410'000.00 für die Renovation des Brühlparkes

6. Abwasserverbandes Region Baden Wettingen (ABW); Wahl der Abgeordneten
7. Postulat Dr. Markus Dieth vom 9. September 2004 betreffend Überprüfung der Sicherheit bezüglich Absturzsicherung im allgemeinen und insbesondere der Treppenhäuser in den Wettinger Schulen; Entgegennahme

0 Mitteilungen

0.a Kleine Anfrage Dr. Charles Meier vom 16. Oktober 2003 betreffend Zusammensetzung und Bewertung der Bilanzpositionen Liegenschaften (1023) und Hochbauten (1143) per 31. Dezember 2002 sowie Zusammensetzung und Bewertung des Baulandbesitzes der Gemeinde

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 16. Oktober 2003 hat Dr. Charles Meier eine Kleine Anfrage betreffend Zusammensetzung und Bewertung der Bilanzpositionen Liegenschaften (Konto 1023) und Hochbauten (Konto 1143) sowie Zusammensetzung und Bewertung des Baulandbesitzes der Gemeinde eingereicht.

Die Antwort des Gemeinderates lautet:

1. Liegenschaften (Bilanzkonto 1023)

Es handelt sich um Liegenschaften des Finanzvermögens; sie sind grundsätzlich frei verfügbar und werden deshalb nicht abgeschrieben. Es sind 75 Parzellen, davon 48 unüberbaut; die Gesamtfläche beträgt 14,5 ha. Zu einem grossen Teil sind diese Liegenschaften der Landwirtschaftszone zugewiesen, aber auch der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und andern Bauzonen. Diese Liegenschaften wurden für 7,546 Mio. Franken erworben und sind mit 8,643 Mio. Franken bilanziert.

2. Hochbauten (Bilanzkonto 1143)

Diese Liegenschaften werden zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben verwendet und sie gehören deshalb zum Verwaltungsvermögen. Diese Liegenschaften und Bauten werden daher nicht einzeln abgeschrieben, sondern gesamthaft im Rahmen der Abschreibungen des Verwaltungsvermögens: Vorgeschriebener Abschreibungssatz von 10 % plus einer zusätzlichen Pflichtabschreibung von zurzeit 15 %.

Es handelt sich um 102 Parzellen mit 63 Gebäuden, total 9,8 ha, zum grössten Teil in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen gelegen.

3. Unüberbaute Parzellen

Die Einwohnergemeinde verfügt über 25 unüberbaute Grundstücke von total 8,2 ha. Der Anschaffungswert betrug 7,607 Mio. Franken.

Zwei Areale (an der Aeschstrasse und an der Margelstrasse) gehören dem Finanzvermögen an; sie umfassen 0,8 ha und wurden für knapp 0,5 Mio. Franken angeschafft; der Nettobuchwert beträgt 1,354 Mio. Franken.

Die übrigen unüberbauten Parzellen gehören dem Verwaltungsvermögen an und unterstehen damit der entsprechenden Abschreibungspraxis.

Der Gemeinderat überprüft periodisch und namentlich im Zusammenhang mit planerischen Dispositionen und mit dem Sanierungsbedarf die Möglichkeit von Veräusserungen von Liegenschaften des Finanzvermögens.

0.b Neueingänge

0.b.a Kleine Anfrage Thomas Bodmer vom 14. Oktober 2004 betreffend Raumplanung und Entwicklung der Sozialhilfekosten sowie präventive Massnahmen für die Zukunft

Der Aufwand für Sozialhilfe steigt in der Gemeinde Wettingen Jahr für Jahr an. Das war in der Vergangenheit nicht so schmerzhaft, weil die Kosten weitgehend durch Bund und Kanton übernommen worden sind. Im Rahmen der neuen Aufgabenteilung Kanton/Gemeinde ist aber damit zu rechnen, dass die Gemeinde einen höheren Anteil des Nettoaufwands tragen müssen. Im Budget 2005 steigt deshalb der Nettoaufwand auf mehr als Fr. 3'000'000.00 oder fast 8 Steuerprozente.

Es ist mir aus der Bevölkerung und aus der Verwaltung schon zugetragen worden, dass vermehrt Sozialhilfeempfänger Wettingen als Wohnort wählen. Eine Gemeinderätin äusserte sich gar einmal im Einwohnerrat mit der Bemerkung, Sozialhilfeempfänger würden durch auswärtige Sozialämter ermutigt, nach Wettingen zu ziehen.

Beim Vergleich mit der Stadt Baden fällt auf, dass der Bruttoaufwand für die Sozialhilfe rund dreimal tiefer liegt als in Wettingen. Der Gemeinderat hat bei früheren Anfragen festgestellt, dies sei auf die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung zurückzuführen. Obwohl dieses Argument wohl nur einen Teil der Differenz zu Baden erklären kann, muss man sich die Frage stellen, ob die Politik Möglichkeiten hat, diese negative Entwicklung zu bremsen.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Lässt sich aus den vorhandenen Daten ermitteln, in welchen Wohnverhältnissen Sozialhilfeempfänger überdurchschnittlich anzutreffen sind?
2. Bewohnen Sozialhilfeempfänger eher Ein- bis Vierfamilienhäuser (kleinere Einheiten), Häuser mit bis zu zehn Wohnungen (mittlere Einheiten) oder grössere Wohneinheiten (auch Plattensiedlungen genannt)?
3. Ist die Tendenz bei der Raumplanung in der Gemeinde Wettingen eher so, dass künftige Bauten im Bereich der kleinen oder mittleren Einheiten liegen werden oder ist aufgrund der aktuellen Planungssituation mit dem Entstehen von grösseren Einheiten (Plattensiedlungen) zu rechnen?
4. Gibt es Möglichkeiten mit den Mitteln der Raumplanung eine Siedlungsstruktur zu fördern, bei welcher eher mit einer unterdurchschnittlichen Sozialhilfequote gerechnet werden muss?

5. Werden diese Möglichkeiten bei den laufenden Planungen (Wettingen-Ost) ausgeschöpft?
6. Gäbe es Möglichkeiten, mit Mitteln der Raumplanung oder mit anderen Massnahmen präventiv darauf hinzuwirken, den Zuzug von neuen potentiellen Sozialhilfeempfängern nach Wettingen einzudämmen?
7. Stimmt es, dass es in Wettingen Wohnungen gibt, welche über mehrere Jahrzehnte nicht mehr unterhalten worden sind, d. h. die eigentlich verwaarlosten? Wäre es möglich, den oder die Eigentümer derartiger Wohnungen öffentlich an den Pranger zu stellen? Käme allenfalls eine Enteignung oder Massregelung derartiger Eigentümer in Frage?
8. Wäre der Kauf von verwaarlostem Wohnraum durch die Gemeinde mit anschließender Sanierung eine gesetzlich zulässige Möglichkeit? Ich denke an die Möglichkeit des Erwerbs von Stockwerkeigentum durch die Gemeinde, wenn ein Mieter aus einer verwaerlosten Wohnung auszieht, bevor die Wohnung durch einen Neuzuzüger bewohnt wird.
9. Gibt es Möglichkeiten mit den vorhandenen statistischen Daten zu ermitteln, ob Sozialhilfeempfänger eher seit Generationen Schweizer Bürger, Schweizer Bürger nach Einbürgerung, nach Verheiratung oder direkte Nachkommen eingebürgerter oder durch Heirat Schweizer gewordener Menschen, oder andere Menschen sind?

0.b.b Postulat Yvonne Feri vom 14. Oktober 2004 betreffend Einführung von Frühenglisch an den Wettinger Schulen

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Einführung von Frühenglisch auf freiwilliger Basis an den Wettinger Schulen zu prüfen.

Begründung

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren der Schweiz hat sich darauf geeinigt, dass alle Schülerinnen und Schüler zukünftig bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen. Spätestens ab dem Schuljahr 2006/2007 soll neben der Lokalsprache eine erste Fremdsprache gelehrt werden.

Der Kanton Aargau, unser Wirtschaftskanton, ist bezüglich Fremdsprachenunterricht an der Primarschule auf einem der allerletzten Plätze (der Kanton Appenzell beispielsweise bietet seit 2001 Englisch für Kinder auf dieser Stufe an). Und dies wird vorläufig auch so bleiben, hat doch der Grosse Rat anlässlich der Spardebatten im letzten Jahr sogar die Projektierungskosten für die Einführung - ganz zu schweigen von den Folgekosten für die Nachqualifizierung der Lehrpersonen und für die Lehrmittel - einmal mehr verschoben.

Eine andere Tatsache ist, dass heute immer mehr Eltern ihre Kinder in Privatschulen Englisch lernen lassen. Sie sind der Meinung, dass Fremdsprachenkenntnisse im zukünftigen Berufsleben unerlässlich sind. Auch ich und die SP/WettiGrünen-Fraktion des Einwohnerrates sind dieser Meinung. Sie lehnt aber ab, dass der Sprachunterricht nur von denjenigen besucht werden kann, die teure Kurse bezahlen können.

Wohl, weil vom Kanton vorläufig nichts zu erwarten ist, hat sich - als Beispiel - unsere Nachbargemeinde Ennetbaden entschlossen, Englischunterricht auf freiwilliger Basis einzuführen.

Ich bitte den Gemeinderat und unsere Schule eine solche Einführung ebenfalls zu prüfen. Damit vom Angebot alle lernwilligen Schülerinnen und Schüler profitieren könnten, müssten die Kostenbeiträge der Eltern unbedingt sozial abgestuft werden.

0.b.c Postulat Marco Kaufmann vom 14. Oktober 2004 betreffend Erarbeitung eines Grünflächen- und Freiraumkonzeptes für die Gemeinde Wettingen

Begründung

Der Punkt 1.1 des Leitbildes der Gemeinde Wettingen lautet: "Wettingen will als fortschrittliche Wohngemeinde ihren Charakter als Gartenstadt zwischen Lägern und Limmat beibehalten".

In letzter Zeit wurden immer wieder kritische Stimmen laut und durch Vorstösse im Einwohnerrat bestärkt, dass der Charakter der Gartenstadt durch das verdichtete Bauen verloren gehe. Die häusliche Nutzung des Bodens und damit das verdichtete Bauen ist jedoch ein zentrales Anliegen der Raumplanung und wird durch die Gesetzgebung auch gefördert (RPG oder z.B. auch BNO § 4) und bei der Erstellung einer Arealüberbauung durch eine höhere Ausnutzung belohnt.

Die Gartenstadt soll trotz der weiteren, auch zu begrüßenden Verdichtung nach Innen, in ihrer Erscheinung erhalten bleiben und stellt damit kein Widerspruch zum Leitbild dar.

Mit der Erarbeitung und anschliessenden Umsetzung eines Grünflächen- und Freiraumkonzeptes über den öffentlichen Raum der Gemeinde kann die Qualität der Gartenstadt sogar noch erhöht werden. Es soll aufzeigen, wie und wo die Grün- und Freiflächen gefördert, ergänzt oder neu erschlossen werden, damit das Bild der Gartenstadt auch in einem verdichteten Wohngebiet erhalten bleibt. Spezielle Beachtung soll der Strassenraum erhalten. Mit wenigen punktuellen gestalterischen Eingriffen und Massnahmen kann das Strassenbild aufgewertet werden. Durch qualitativ hochwertige Freiräume wird auch die Wohnqualität gefördert und trägt damit stark zur Attraktivität von Wettingen als Wohngemeinde bei.

Das Konzept kann auch zusammen mit der noch offenen Interpellation betreffend der Erhaltung ökologisch wichtiger und optisch prägender Bäume der Gartenstadt Wettingen (2004-1326) bearbeitet werden.

Text

Der Gemeinderat wird gebeten:

Ein Grünflächen- und Freiraumkonzept über die öffentlichen Freiräume (Strassen, Plätze, Pärke, Sportanlagen, Grünflächen der öffentlichen Bauten etc.) zu erarbeiten. Dieses soll aufzeigen wie das Erscheinungsbild der Gartenstadt Wettingen in einem zunehmend verdichteten Wohnumfeld langfristig erhalten, verbessert und aufgewertet werden kann.

0.b.d Postulat Stephan Preisch vom 14. Oktober 2004 betreffend Randsteine bei Fussgängerstreifen

Der Gemeinderat wird eingeladen und aufgefordert, bei sämtlichen Fussgängerstreifen die Randsteine abzuschrägen.

Begründung

Wer in Wettingen mit einem Rollstuhl, Kinderwagen oder Einkaufswagen unterwegs ist, merkt rasch, wie hinderlich die entsprechenden Absätze zwischen Strasse und Trottoir sind. Es fällt dann ebenso auf, wo diese Abschrägungen vorhanden sind: Strasseneinfahrten, Parkplätze und Containerstandplätze. Es kommt vor, dass man wohl einen Container sanft auf die Strasse schieben kann, der unmittelbar danebenliegende Fussgängerstreifen jedoch nur über eine Schwelle zu betreten ist.

Des Weiteren sind die Wasserabflusskanäle auf der Strasse so zu legen, dass sich nicht eine riesige Wasserlache auf dem Fussgängerstreifen bildet.

Diese Abschrägungen sind spätestens bei jeder Strassensanierung zu berücksichtigen.

0.b.e Postulat Marianne Ryf-Busslinger vom 14. Oktober 2004 betreffend Sicherheit unserer Kinder - Fussgängerstreifen Märzengasse

Antrag

Der Gemeinderat wird ersucht, einen zusätzlichen Fussgängerstreifen an der Märzengasse, auf der Höhe Schulgartenstrasse/Langäckerverbindungsstrasse zu erstellen.

Begründung

Für Kinder, welche den Kindergarten Langäcker oder die Schulen im Dorf und Margeläcker besuchen, ist der bestehende Fussgängerstreifen an der Märzengasse (Höhe Bauer Sport) zu gefährlich. Der Fussgängerstreifen befindet sich direkt bei der Einmündung in die Landstrasse. Autos, welche in die Landstrasse abbiegen wollen, müssen beim Stopp anhalten und blockieren somit den Fussgängerstreifen. Kinder, welche hinter den stehenden Fahrzeugen die Strasse überqueren, können von entgegenkommenden Autos nicht wahrgenommen werden und sind somit der Gefahr ausgesetzt, in einen schlimmen Unfall verwickelt zu werden.

Ein zusätzlicher Fussgängerstreifen auf der Höhe Schulgartenstrasse/Langäckerverbindungsstrasse kann die Sicherheit der Fussgänger erhöhen, weil:

- es an dieser Stelle übersichtlicher ist,
- auch die Fahrzeuglenker einen besseren Überblick haben, als auf der stark befahrenen Kreuzung.

Viele Fussgänger überqueren bereits heute dort die Strasse, obwohl noch kein Fussgängerstreifen besteht. Die Erstellung eines Fussgängerstreifens wäre ein kleiner Beitrag mit grosser Wirkung für die Verkehrssicherheit der Kinder.

1 Protokoll der Sitzung vom 9. September 2004

Das Protokoll der Sitzung vom 9. September 2004 wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2 Einbürgerungen

2.a Einbürgerung; Bonni Alessandra, geb. 18. September 1988, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Gerstenstrasse 16

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.b Einbürgerung; Etiopia Rosanna, geb. 28. März 1987, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 49a

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.c Einbürgerung; Lojpur Luka, geb. 22. Juli 1986, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Hardstrasse 27

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.d Einbürgerung; Pivic-Spasic Desanka, geb. 13. August 1953, und Pivic Bojana, geb. 23. Oktober 1987, beide serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Ahornweg 3

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

2.e Einbürgerung; Saccomanno Mato Marquez Manola, geb. 27. Oktober 1965, italienische Staatsangehörige, Mato Saccomanno Alessia, geb. 22. April 1997, und Mato Saccomanno Mario, geb. 18. Dezember 2002, beide spanische Staatsangehörige, alle wohnhaft in Wettingen, Schönaustrasse 27

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, zugesichert.

3 Voranschlag 2005

Eintreten

Dr. Markus Dieth: Bekanntlich basiert der Voranschlag 2005 auf einem vor einem Jahr reduzierten Steuerfuss von 92 % und den ebenfalls vor einem Jahr erhöhten Pflichtabschreibungen von 15 %, zusammen mit den ordentlichen Abschreibungen also total 25 %. Der Gemeinderat hat der Finanzkommission unter den vorerwähnten Titeln ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Insbesondere ist anzumerken, dass der Gemeinderat bereits anlässlich seiner Budgetberatungen erheblich Streichungen von rund Fr. 2,6 Mio. vorgenommen hat. Der Sparwille auch auf der Führungsebene ist klar erkennbar und wird auch gelebt. Es soll Geld für begründete und sinnvolle Ausgaben und Bedürfnisse bereitgestellt werden, aber auch die Steuergelder nicht verschleudert werden.

Der Gemeinderat und die Verwaltung hat hier gute Arbeit geleistet, wie das vorgelegte Budget zeigt. Die Finanzkommission konnte klar auf Erbsenzählen verzichten.

Welche grössten negativen Abweichungen im Voranschlag 2005 sind zu erwähnen: Vorab ist festzustellen, dass das Budget von einem sehr hohen Pflichtbedarf von rund 2,1 Mio. Franken geprägt ist.

Ich erwähne hier folgende Positionen: Defizitanteil an Kanton für Heimversorgung (Fr. 453'000.00); Schulgelder für Berufsschulen (Fr. 300'000.00); Betriebsdefizitbeiträge Kantonsspitäler (Fr. 129'000.00); Materielle Hilfe an Private (1,13 Mio. Franken); Kantonsbeitrag SPG (Fr. 500'000.00).

Die Negativabweichung im Wahlbedarf entspricht dagegen nur 1 % des Nettoaufwandes (Fr. 464'000.00).

Der Eigenfinanzierungsgrad von 30 % erscheint auf den ersten Blick als sehr tief. Dies kommt aber insbesondere daher, dass die Sanierung Landstrasse im Budget (Investitionsrechnung) gesamthaft vorgesehen ist. Bis Ende 2004 waren im Bereich Verkehr lediglich 2,9 Mio. Franken vorgesehen; im Budget 2005 sind gesamthaft Investitionen von rund 9,3 Mio. Franken geplant. Gesamthaft kann die Finanzkommission feststellen, dass auch bei einem kurzfristigen Eigenfinanzierungsgrad von 30 % gemäss Finanzplan über die gesamte Planperiode eine Verschuldensreserve von rund 50 Mio. Franken ausgewiesen wird; eine Überschuldung ist damit nicht gegeben.

Die Budgetierung der Einkommens- und Vermögenssteuern erscheint umsichtig: In der Rechnung 2003 ergab sich bei einem Steuerfuss von 95 % ein Steuerertrag (Einkommens- und Vermögenssteuern) von rund 40,7 Mio. Franken. Der Voranschlag 2005 sieht einen Steuerertrag von rund 40,3 Mio. Franken vor, dies bei einem reduzierten Steuerfuss von 92 %.

Es gaben dennoch diverse Einzelpositionen zu Fragen seitens der Finanzkommission Anlass. An dieser Stelle verdankt die Finanzkommission dem Gemeinderat und der Verwaltung die Kooperation, mit welcher versucht wurde, den Gemeindehaushalt schlank zu halten, Wünschbares von Notwendigem zu trennen. Die Verwaltung und der Gemeinderat hat grösstenteils umfassend und fundiert zu den Fragen der Finanzkommission Stellung genommen.

Wie bereits erwähnt fallen im Voranschlag 2005 bereits grosse Aufwandpositionen ins Gewicht. Diese gebundenen Ausgaben schränken den Handlungsspielraum betreffend Budgetausgleich massiv ein.

Die Finanzkommission hat sich mit 6 : 1 Stimmen für ein Eintreten ausgesprochen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat präsentiert ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 92 % und mit dem maximalen Abschreibungsansatz. Vor einem Jahr wurde der Steuerfuss reduziert. Es war dem Gemeinderat zum Vornherein klar: Es muss alles daran gesetzt werden, diesen Steuerfuss beizubehalten. Zwar ist es dem Gemeinderat nicht leicht gefallen, aber es ist ihm gelungen. Dabei ging es um zwei Themenbereiche: Einerseits mussten über 2,6 Mio. Franken auskorrigiert werden, andererseits mussten auch kleinere Positionen hinterfragt werden. Das Hauptproblem war und ist immer das Gleiche: Der ausserordentlich hohe Anteil der gebundenen Ausgaben. Wir haben ein gutes Budget, dürfen aber ein Problem nicht übersehen und vergessen: Die geringere Belastbarkeitsquote. Diese wird uns inskünftig noch zu schaffen machen. Ich bitte den Rat, auf das Budget einzutreten.

Hanspeter Koch: Die CVP ist erfreut, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, mit 92 % ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, trotz des Rückgangs des Eigenfinanzierungsgrades. Dies ist im Finanzplan über die nächsten Jahre sehr gut sichtbar. Dies begründet sich darin, dass mehrere Investitionen anstehen. Trotzdem war es aus unserer Sicht richtig, den Steuerfuss auf 92 % zu senken. Es wird damit auch unsere Politik bestätigt einen attraktiven Steuerfuss auch bei höheren Investitionen zu haben. Wir hatten ebenfalls das Gefühl, dass der Sparwille des Gemeinderates sichtbar war.

Thomas Bodmer: Ich stelle den Antrag nicht auf das Budget einzutreten. Andernfalls werde ich dagegen stimmen. Gewisse aus unserer Fraktion werden lustlos zustimmen.

Ich begründe den Nichteintretensantrag wie folgt: Das vorliegende Budget ist nicht wahr. Sowohl Ausgaben als auch Einnahmen werden sehr pessimistisch budgetiert. Die Folge davon ist, dass mit schöner Regelmässigkeit schöne Rechnungsabschlüsse mit 3 – 4 Mio. Franken über Budget genehmigt werden. Das ist aus dem Finanzplan auch ersichtlich. Im Juni hat der Gemeinderat einen Finanzplan erstellt und dem Einwohnerrat zur Kenntnis zugestellt. Damals ging der Gemeinderat davon aus, dass der Nettoaufwand 2004 noch eine Mio. Franken tiefer sein wird als im Voranschlag 2004 vorgesehen. Dies hat im Finanzplan zur Folge, dass im Jahr 2005 ein Überschuss von 3,5 Mio. Franken anfallen wird. Im August liefert nun der Gemeinderat einen Voranschlag mit einer ausgeglichenen Rechnung. Die finanzielle Situation hat sich also in zweieinhalb Monaten um 3,5 Mio. Franken verschlechtert. Die überraschende Verschlechterung wird mit ausserordentlich schnell veränderten Verhältnissen, mit ausserordentlichen Steigerungen im Sozialbereich und einem gewaltigen Rückgang in den Rückerstattungen des Kantons begründet. Schliesslich wird auch noch die sich verschlechternde Wirtschaftslage zitiert.

Die Überschüsse gemäss Finanzplan betragen im Durchschnitt über die nächsten Jahre immer ca. 2 Mio. Franken oder 5 Steuerprozent. Neben Investitionen, von denen bislang noch nichts zu hören war, werden diese, insbesondere im Bereich der Immobilien, mit 15 % Pflichtabschreibungen abgeschrieben. Mit anderen Worten, neue Immobilien werden in fünf Jahren komplett auf null abgeschrieben. Auf diese Weise werden riesige stille Reserven gebildet. Dies alles wird gemacht, um auf keinen Fall den Steuerfuss senken zu müssen. Ob das Volk es auf Dauer unterstützt, dass immer wieder 10 % Steuergelder versteckt werden, kann offen bleiben. Wettingen könnte durchaus die steuergünstigste Gemeinde im Kanton werden.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Das Budgetieren ist eine seriöse Arbeit, unter anderem auch verbunden mit der eher verpönten Erbschänzerei. Man kann nicht einfach eine Annahme treffen, dass so und so viele Millionen Reserven verborgen liegen und deshalb der Steuerfuss gesenkt werden kann. Es geht beim Budgetieren darum, bei jeder einzelnen Position abzuschätzen, wie sie sich im nächsten Jahr präsentieren wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein sehr grosser Teil des Budgets aus gebundenen Ausgaben besteht und ausserhalb des Einflussbereiches der kommunalen Behörden steht. Es liegt in der Natur des Budgets als Prognose, dass es anders kommen kann als erwartet, in der einen oder der anderen Richtung. Auch ist es nicht das Bestreben des Gemeinderates, jede Budgetposition auszuschöpfen, nur weil der Budgetkredit vorhanden ist. Dies kann zu guten oder sehr guten Rechnungsergebnissen führen. Sind diese jedoch ein Landesunglück? Nein! Die eingesparten Mittel werden für zusätzliche Abschreibungen verwendet, was für die Zukunft von Passivzinsen entlastet und zu einer grösseren finanziellen Handlungsfreiheit führt. Der Antrag von Thomas Bodmer ist ein illusorischer Höhenflug und hat gar nichts mit einer seriösen Budgetarbeit zu tun. Ich bitte den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Markus Maibach: Die Fraktion SP/WG ist für Eintreten. Wir werden aber einige Kürzungsanträge noch bekämpfen. Man kann den Staat aushungern und die Steuern senken. Oder man kann es so machen wie die Finanzkommission, man kann die einzelnen Posten untersuchen und entscheiden, ob sie gerechtfertigt sind.

Dank der guten Arbeit des Gemeinderates hat die Finanzkommission wenig gefunden für zusätzliche Streichungen. Insgesamt ist es ein realistisches Budget. Der Gemeinderat hat über 2,6 Mio. Franken selber herausgestrichen. Die Steigerungen im Nettoaufwand sind begründet.

Madeleine Bürgler: Die FDP ist für Eintreten, wir stimmen dem Budget so zu. Wir haben die gleichen Überlegungen auch gemacht. Wenn die Rechnung immer wieder Überschüsse zeigen soll, so muss man das wieder ansehen. Politisch liegt es nicht drin, jedes Jahr eine Steuersenkung vorzunehmen.

Vreni Neukomm: Die Fraktion EVP/Forum 5430 wird dem ausgeglichenen Budget 2005 mit Steuerfuss von 92 % zustimmen. Wir stellen fest, dass neben den hohen, gebundenen Kosten wenig Spielraum bleibt für qualitätssteigernde Massnahmen in der Gemeinde.

Wir befürworten die vom Gemeinderat vorgeschlagenen 1,6 Lohnprozent für Besoldungsanpassungen beim Personal. Im Leitbild verpflichtet sich der Gemeinderat, alle Bereiche einer Standortgemeinde zu fördern. Erfüllt das Budget 2005 diesen Anspruch? Vorgesehen sind grosse, wirtschaftliche Investitionen wie auch neues Lehrmaterial für die Schulen.

Die Fraktion EVP/Forum 5430 wird sich aber auch klar für die Anliegen im Kulturbereich einsetzen und ist für Eintreten.

Abstimmung:

Eintreten wird mit grosser Mehrheit, bei vier Gegenstimmen, beschlossen.

Detailberatung

0. Allgemeine Verwaltung

025.318.11 Realisierung neuer Internet-Auftritt

Dr. Charles Meier: Dafür werden im nächsten Jahr Fr. 17'500.00 budgetiert. Im vergangenen Jahr waren es Fr. 48'000.00. Handelt es sich hier um Eigenleistungen der Abteilung Informatik oder sind es auswärts eingekaufte Dienstleistungen? Wenn die Dienstleistungen auswärts eingekauft werden, so ist es heute keine Schwierigkeit, eine Homepage zu erstellen. Das könnte man noch mit eigenen Mitteln bewerkstelligen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Es sind auswärts eingekaufte Leistungen. Die Eigenleistungen sind nirgendwo ersichtlich.

1. Öffentliche Sicherheit

140.314.01 Verbrauchsmaterial

Dr. Markus Dieth: Hier handelt es sich um eine Budgetkorrektur, eine korrekte Kontierung von Fr. 500.00. Der Ausgleich erfolgt im Konto 140.314.00 (Baulicher Unterhalt durch Dritte). Hier fallen die Fr. 500.00 weg.

Abstimmung:

Die Korrekturen werden stillschweigend genehmigt.

2. Bildung**200.310. Schulmaterial**

Dr. Markus Dieth: Die Begründungen zur Nichteinhaltung der Budgetrichtlinien waren sehr dürrtig bis falsch; dies führte einmal mehr zu notwendigen Rückfragen; der Gemeinderat konnte die Abweichungen mit ausgewiesenen höheren Materialkosten pro Schüler und insbesondere höhere Lehrmittelkosten (Preisentwicklung des Schulmaterials) begründen. Die Kosten pro Schüler bisher und neu mit neuen Schulmaterialien (Lehrmitteln) wurden offen dargelegt.

Zu wünschen übrig lässt aber nach wie vor die mangelhafte Kommunikation im Bereich Schule. Die Finanzkommission stellt den Antrag, dass sie im kommenden Jahr im Rahmen der Rechnungsablegung konkret orientiert wird, was die Entwicklung der Ausgabenpositionen 310 betrifft, insbesondere Rechnungsüberschreitungen und aber auch sich abzeichnende Überschreitungen der Budgetrichtlinien. Anfangs Jahr soll eine gemeinsame Sitzung mit je einer Delegation des Gemeinderates, der Finanzkommission und der Schulpflege terminiert werden, dass das Rechnungsergebnis rechtzeitig analysiert werden kann und für den Budgetierungsprozess die Richtlinien im Voraus klar bestimmt werden können. In diesem Sinne und vor dem Hintergrund der ausgewiesenen Begründung des vorliegenden Budgets verzichtet die Finanzkommission auf einen generellen Streichungsantrag zum Konto 310.

210.302.00 Volksschule allgemein (Löhne der Lehrkräfte, Web-Master)

Dr. Markus Dieth: Es handelt sich hier um die Auswirkung, welche sich schon in der Begründung zum Konto 025.128.11 abgezeichnet hat. Es ist eine Budgetkorrektur. Die Löhne sollen für die Web-Master um Fr. 10'000.00 angehoben werden. Die Offerte zum Web-Auftritt Schule hat eine Anpassung der budgetierten Summe zur Folge. Auf der einen Seite führt dies zu einer Erhöhung der Lohnkosten für die Schulhausverantwortlichen. Auf der anderen Seite erfolgt eine Reduktion um Fr. 30'000.00 beim Konto 219.313.00.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit bei 2 Gegenstimmen wird der Korrektur zugestimmt.

212.490.00 Musikschule / Ludothek, Interne Verrechnungen Mietzinse

Dr. Markus Dieth: Wir haben hier eine interne Verrechnung, welche buchungsneutral ist. Es wird eine Budgetkorrektur von minus Fr. 33'500.00 vorgenommen. Die Korrektur wird über das Konto 350.390.02 erfolgen.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit wird der Korrektur zugestimmt.

Madeleine Bürgler: Wir haben eine allgemeine Anregung. Wir stellen fest, dass die Kosten der Musikschule immer mehr steigen. Wie können die Kosten plafoniert werden oder wie können die Elternbeiträge angepasst werden?

Vizeammann Heiner Studer: Die Finanzierung orientiert sich an einem Reglement: Darin ist festgehalten, dass die Elternbeiträge max. 50 % betragen dürfen. Wir haben die Praxis, dass bei uns sehr nahe an die 50 % gegangen wird. Eine weitere Erhöhung ist ohne Reglementsanpassung nicht möglich. Es wäre bedauerlich, wenn es gemacht werden müsste.

Die Kosten in der Musikschule sind über die Jahre betrachtet nicht gewaltig gestiegen. Insbesondere bei den Anschaffungen, und diese machen vor allem die Erhöhungen aus, wird darauf geachtet, ob diese nicht in Etappen vorgenommen werden können (z.B. Flügel). Wir haben nicht den Eindruck, dass die Kosten davon laufen.

215.311.00 Anschaffung von Mobilien

Dr. Markus Dieth: Anlässlich des Budgetrundganges wurde klar festgehalten, dass das Anlegen einer Magerwiese am vorgesehenen Standort wenig Sinn macht, jedenfalls stimmt auch die vom Gemeinderat nachträglich abgegebene Begründung, die Magerwiese sei eine Ergänzung für das (notabene bewilligte) Biotop, nicht. Die Magerwiese und das Biotop befinden sich weder nebeneinander, noch sonst in einem natürlich geschaffenen Zusammenhang. Für die Schaffung einer Magerwiese an diesem Standort sieht die Finanzkommission auch nach Besichtigung vor Ort keinen Bedarf und Sinn. Diese Auffassung wurde anlässlich der gemeinsamen Sitzung auch vom Gemeinderat unterstützt. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Voranschlagskredit 215.311.00 "Anschaffung von Mobilien" um Fr. 5'000.00 auf Fr. 57'500.00 zu reduzieren.

Marianne Weber: Was sind die konkreten Gründe, wieso die Magerwiese da nicht möglich sein soll.

Dr. Markus Dieth: Die Beteiligten waren nach der Besichtigung der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, an diesem Standort eine Magerwiese zu realisieren. Das Geld soll für ausgewiesene Ausgaben zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung:

Mit 30 : 9 Stimmen, bei sechs Enthaltungen, wird dem Streichungsantrag der Finanzkommission zugestimmt.

219.313.00 EDV-Betriebskosten

Dr. Markus Dieth: Das ist der erwähnte Ausgleichsposten zum vorher erwähnten Konto. Der Betrag kann um Fr. 30'000.00 reduziert werden.

Abstimmung:

Der Korrektur wird einstimmig zugestimmt.

219.301.06 Entschädigung an Musiklehrkräfte

Vizeammann Heiner Studer: Im Voranschlag 2005 ist nichts vorgesehen. Der Betrag ist verschwunden. Bei den Fr. 7'500.00 geht es um Projekte, welche die Musiklehrkräfte zusammen mit der Schule realisieren. Würde hier der Betrag fehlen, könnten keine solchen Projekte ausgeführt werden. Ich bitte darum, diesen Betrag wieder einzustellen, für spezielle Projekte der Schule, wo Musiklehrkräfte eingesetzt werden.

Abstimmung:

Der Wiederaufnahme des Betrages von Fr. 7'500.00 wird mit 37 : 4 zugestimmt.

219.318.03 Telefongebühren

Dr. Charles Meier: Für die Schulen wird gleich viel ausgegeben, wie für die Gemeindeverwaltung. Ich bin dem Thema der Telefonkosten etwas genauer nachgegangen. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, wenn die Daten des Voranschlages in Dateiform erhältlich wären. So könnten die einzelnen Kostenarten einfacher herausgezogen werden. Ich hätte gerne gewusst um was für Kosten es sich hier handelt. Sind es Internetkosten?

Meine genauen Abklärungen haben ergeben, dass im Voranschlag 2005 Fr. 206'470.00 gegenüber Fr. 189'950 im Vorjahr berücksichtigt sind. Werden die Alarmzentralen abgezogen, macht die Steigerung immer noch über 10 % gegenüber dem Vorjahr aus. Auf die Stellen umgelegt ergibt dies Fr. 1'274.50 (1'172.53) und ohne Alarmzentrale Fr. 1'058.75 (952.78). Seit fünf oder sechs Jahren mache ich immer wieder auf die Telefonkosten aufmerksam. In dieser Zeit haben sich diese Kosten in der Gemeinde verdoppelt.

Vizeammann Heiner Studer: Es ist in diesem Betrag alles eingeschlossen, inklusive Internet.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Im tägi sind die Gebühren nach dem Anlagenschlüssel aufgeteilt.

Pia Müller: Dr. Meier könnte eine Kürzung beantragen. Die Lehrkräfte können dann ihre privaten, für die Schule geführten Gespräche der Gemeinde in Rechnung stellen. Dann käme man vielleicht noch auf einen grösseren Betrag als Fr. 50'000.00.

219.365.00 Beitrag Verein Mittagstisch

Madeleine Bürgler: Der Beitrag ist auf Fr. 16'000.00 erhöht worden. Die Begründung ist in einem einfachen Satz gegeben worden. Kann da noch etwas mehr dazu in Erfahrung gebracht werden? Wir hätten gerne eine Begründung. Je nach dem werden wir einen Antrag auf Beibehaltung des alten Betrages stellen.

Vizeammann Heiner Studer: Ich verstehe, dass Fragen auftauchen, wenn eine Verdoppelung des Betrages budgetiert wird. Der Verein Mittagstisch hat schon letztes Jahr den Antrag für eine Verdoppelung gestellt. Dies geschah kurz nach dem ein Leistungsvertrag abgeschlossen worden ist. Dannzumal hatte Gemeinderat beschlossen, es soll nicht beides gleichzeitig vollzogen werden. Zuerst hätte der Verein seine eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Er sollte sich für zusätzliche Einnahmen engagieren.

Dieses Jahr sind zusammen mit dem Gesuch den Gemeinderat sehr detaillierte Unterlagen eingereicht worden. Wir haben sie entsprechend analysiert. An den drei Tagen nehmen im Altenburg durchschnittlich 30 Kinder am Mittagstisch teil. Der Elternbeitrag beträgt Fr. 9.00. Dies reicht für ein gutes Mittagessen. Im Vergleich dazu wird beim Mittagstisch im Dorf kein ebenbürtiges Mittagessen angeboten, lediglich eine Suppe und Tee. Auch sind die Betreuungszeiten im Dorf kürzer.

Im Altenburg werden die Betreuungspersonen sowie die Köchinnen mit einem Stundenlohn von Fr. 22.00 entschädigt. Dies kann als sehr günstig bezeichnet werden. Daneben arbeiten eine ganze Reihe weiterer Personen ehrenamtlich. Bei der Analyse ging der Gemeinderat davon aus, dass der Verein für die Bereiche Geschäftsführung, Weiterbildung und Vorstandssitzungen selber aufkommt. Es konnte von uns zur Kenntnis genommen werden, dass auf der Ausgabenseite das Optimum gemacht worden ist. Die Räume werden von der Ref. Kirchgemeinde zur Verfügung gestellt. Der entsprechende Beitrag wird auf der Ausgaben- und Einnahmenseite verbucht. Soll das Mittagessen noch einigermaßen bezahlbar bleiben, so kann dafür kein zweistelliger Betrag verlangt werden. In Betracht zu ziehen wäre auch noch eine Abstufung der Beiträge. Das kann aber von einem privaten Verein nicht umgesetzt werden. Solche Vereine haben keinen Zugang zu den Steuerdaten. Auf Grund dieser Analyse wird festgestellt, dass bei einem Gemeindebeitrag von Fr. 8'000.00 immer noch ein Defizit von Fr. 16'000.00 verbleibt. Aus diesem Grund sind der Auffassung, dass noch die Hälfte dieses Defizites übernommen werden sollte. Der Verein muss dann immer noch einige Anstrengungen unternehmen, um die Restkosten zu decken.

Selbst die Vereinsmitglieder, es sind 35 Personen, zahlen einen Beitrag von Fr. 100.00. Wer also arbeitet, zahlt auch noch einen Mitglieder Beitrag.

Madeleine Bürgler: Ich danke für die Ausführungen. Es ist gleichwohl stossend. Vor kurzer Zeit ist ein Defizitbeitrag von Fr. 5'000.00 nicht bewilligt worden. Wir hatten dannzumal das Gefühl, der Gemeindebeitrag müsse genügen. Nun kommt ein gleiches Gesuch in etwas anderer Form. Sicherlich sind die Voraussetzungen nicht genau gleich. Aber auch die Gemeinde sollte dafür schauen, wie das anders gelöst werden könnte. Eventuell wird in Zukunft der Mittagstisch im Altenburg andernorts stattfinden. Auf diesen Zeitpunkt ist allenfalls eine andere Lösung mit einer Beschränkung der Gemeindebeteiligung zu suchen.

Wir sehen von einem Antrag ab. Bis zum nächsten Budget muss eine andere Lösung vorgeschlagen werden. Allenfalls haben sich die Privaten anders zu organisieren.

Yvonne Feri: Das Votum der FDP erstaunt sehr. Beinahe alle Parteien setzen sich für Kinderbetreuung ein. Verschiedene Kinder wären alleine Zuhause, würde es den Mittagstisch nicht geben. An einem Ort ist nun ein gut ausgebauter Mittagstisch vorhanden. Das könnte als Beispiel dienen. Die FDP-Haltung können wir nicht unterstützen. Ich hoffe darauf, dass der Betrag auch künftig im Voranschlag enthalten sein wird. Der Vorstand bemüht sich sehr, Leute anzugehen und Gelder zu suchen, um die Gemeinde nicht mehr zu belasten als absolut notwendig.

Marianne Weber: Ich erinnere die FDP daran, dass sich Strukturen für Kinderbetreuung mit dem Faktor 4 für die Gemeinde bezahlt machen. Frauen können so wieder mit einem guten Gewissen berufstätig werden. Damit werden auch Steuereinnahmen generiert.

Madeleine Bürgler: Wir wollen den Mittagstisch nicht auflösen. Das Angebot soll sogar noch ausgebaut werden. Wir wollen aber dafür nicht endlos Geld ausgeben. Die Kosten sollen beschränkt werden. Diskussionsbasis könnte auch sein, dass die Gemeinde pro Mittagstisch so und so viel Geld zur Verfügung stellt. Die Bedingungen müssen alle gleich sein. Ob die Gemeinde oder Private den Mittagstisch betreuen, ist an sich unerheblich, es müssen für alle die gleichen Regeln gelten.

Marianne Ryf: Der Mittagstisch ist eine kostengünstige Variante in der Kinderbetreuung. Die Kinder müssen nach der Schule abgefangen werden. Dazu braucht es aber qualifiziertes Personal. Im Vergleich zur Tagesschule ist es sehr günstig.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Letztmals haben Sie ein dringliches Postulat überwiesen. Ein Gesamtkonzept wird entwickelt. Eine Suppe und Tee allein genügen nicht. Es soll ein bescheidenes Mittagessen angeboten werden.

220.361.00 Defizitanteil an Kanton für Heimversorgung

Pia Müller: Wie viel von den zusätzlichen Fr. 453'000.00 sind gebunden? Ich hätte auch noch einen Vorschlag, wie dieser Betrag in der Gemeinde besser verwendet werden könnte.

Vizeammann Heiner Studer: Es handelt sich hier um den Rest der Kosten, die nicht direkt bezahlt werden. Sie gehen in einen Pool und werden anhand eines komplizierten Schlüssels auf die Gemeinden aufgeteilt. Darauf können wir keinen Einfluss nehmen.

Pia Müller: Es ist eine Erhöhung um Fr. 453'000.00. Vielleicht müsste man sich überlegen, etwas präventiver zu arbeiten. Die Kinderbetreuung ist ein Teil dieser Prävention. Ich glaube nicht, dass der Einwohnerrat erfreut wäre, wenn dies alle Jahre eine halbe Million Mehrkosten verursachen würde. Man kann offenbar nichts dazu beitragen. Prävention könnte auch darin bestehen, wenn in Wettingen Erziehungsberatung angeboten würde. Sie wäre bei der Mütter- und Väterberatung sinnvoll anzugliedern. In der Schule könne eine IFS-Stelle angeboten werden. Ich weise darauf hin, dass Prävention auch etwas kosten muss. Man soll nicht nur das Resultat tragen müssen.

Thomas Bodmer: Hier haben wir genau eine jener Positionen, die mit massiver Kostensteigerung vorgesetzt wird. Die Begründung dafür ist nur sehr schwer überprüfbar. Im Kommentar ist zu lesen: "Durch die gestiegene Anzahl der Platzierungen fallen die effektiven Restkosten erheblich höher aus als prognostiziert." Solche Positionen sind in der Rechnung immer wieder überraschenderweise tiefer als angenommen. Hier kann relativ bequem das Budget optisch verschlechtert werden.

Vizeammann Heiner Studer: Der Mechanismus des Pools hängt auch an der Finanzkraft einer Gemeinde.

3. Kultur und Freizeit

300.365.19 Kulturweg

Dr. Markus Dieth: Die Finanzkommission hat bereits vor einem Jahr ein Konzept betreffend Weiterbestand Kulturweg verlangt. Dieses ist nun in der Ausarbeitung, nach Auffassung der Finanzkommission - zumindest so wie vorliegend - aber nicht ausgereift. Ansätze liegen zwar vor, diese sollten aber nach Auffassung der Finanzkommission überarbeitet und ausgearbeitet werden. Der Kulturweg ist unbestritten ein Bestandteil der Gemeinde Wettingen, er wird auch entsprechend von der Gemeinde unterhalten. Die Finanzkommission ist der Auffassung, dass der Betrag von Fr. 15'000.00 im Sinne einer Budgetvorgabe mit klarer Ausgabenbremse im Budget mit einem reduzierten Betrag von Fr. 7'000.00 drin bleiben sollte, die Kulturwegstiftung aber gleichzeitig angehalten werden sollte, dem Einwohnerrat im Verlaufe des kommenden Jahres ein klares Konzept zu unterbreiten. Der Einwohnerrat soll in einer Grundsatzdiskussion über den Fortbestand oder eben Nichtfortbestand des

Kulturweges, die Zukunft dieses Kulturprojekts mitentscheiden können und nicht jedes Jahr im Rahmen des Budgetprozesses häppchenweise entscheiden müssen. Die Idee einer Grundsatzdebatte wurde auch seitens des Gemeinderates begrüsst; die stetige Ungewissheit bezüglich Gemeindebeitrag sei auch für die Stiftung jedes Jahr ein Stein des Anstosses.

Unter diesem Vorbehalt verzichtet die Finanzkommission auf den ursprünglich beabsichtigten Streichungsantrag, will ein Zeichen setzen gegen eine mutmasslich vorzeitige Beerdigung des Kulturweges und schlägt lediglich eine teilweise Reduktion um Fr. 8'000.00 vor.

Yvonne Feri: Ich habe mich schon im letzten Jahr für den Kulturweg eingesetzt und wiederhole mich hier. Wir haben dazumal eine Grundlage von der Stiftung verlangt. Sie sollte darlegen, für was das Geld eingesetzt wird. Ein kleines Konzept liegt nun dem Gemeinderat vor. Auf dieser Grundlage hat der Gemeinderat die Fr. 15'000.00 budgetiert. Die Finanzkommission will nun den Betrag reduzieren.

Der Kulturweg gehört schon seit vielen Jahren zur Region. Er gehört zu den gut besuchten Sehenswürdigkeiten. Er wird von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern begangen und geschätzt. Kultur, die in freier Natur zu sehen ist, muss gepflegt werden. Der Aufwand dafür ist selbstverständlich grösser als für Objekte, die in einem wettergeschützten Rahmen aufgestellt sind. Ohne diesen Unterhalt würden die Dinge verammeln. Sie gehen in die Brüche und stellen nicht mehr das dar, was sie Anfangs dargestellt haben. Unsere Gemeinde hat im letzten Jahr den Steuerfuss senken können. Wir haben gesunde Finanzen und können uns die Fr. 15'000.00 leisten.

Hanspeter Koch: In der CVP haben wir dieses Traktandum auch eingehend diskutiert. Vor einem Jahr haben wir den Betrag ganz gestrichen. Die Streichung war mit der Aufforderung verbunden, allfällige Begehrlichkeiten rechtzeitig in der Kulturkommission zu diskutieren. Diese hat im Juni ein noch nicht ausgereiftes Papier vorgelegt bekommen. Am 28. August 2004, nach einer entsprechenden Mahnung, sind die Unterlagen vorgelegen. Der Vorschlag hat wenig konzeptionellen Inhalt. In wenigen Sätzen ist festgehalten, was im Jahr 2005 gemacht werden könnte, um den Kulturweg aufleben zu lassen.

Wir erwarten aber ein Konzeptpapier mit Ideen und konkreten Vorschlägen, detailliert ausgeführt, was mit dem Kulturweg für die nächsten Jahre machen will. Er soll damit wieder zu einem attraktiven Ort für eine breite Schicht der Bevölkerung werden. Nur so können wir bei einer überzeugenden Konzeption weitere Mittel sprechen. Wir unterstützen die Finanzkommission.

Marianne Weber: Ich habe das von Hanspeter Koch erwähnte Papier vor mir. Für was werden die Fr. 15'000.00 gebraucht? Es geht nicht um ein konkretes Projekt. Es geht um die Instandstellung: Entfernung Sprayereien Fr. 5'000.00, Wiederinstandstellungen Fr. 8'000.00, Verschiedenes Fr. 4'000.00, gesamt also Fr. 17'000.00.

Wieso verlangen wir ein detailliertes Konzept? Der Stiftungsrat ist ein ehrenamtliches Gremium. Es sind da keine professionellen Fachpersonen dabei. Wie können wir ein professionelles, detailliertes Konzept erwarten, wenn nicht einmal etwas bezahlt wird. Wird der Auftrag einer Fachperson erteilt, so kostet dies Fr. 20'000.00. Die Instandstellung muss ja sowieso gezahlt werden. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen. Der Stiftungsrat wird immer mehr entmutigt und demotiviert.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Wie sagt es doch der österreichische Künstler und Begründer des Wiener Aktionismus Günther Brus so schön treffend: "Kunst ist, wenn

man das durchsteht, was einem die Gesellschaft abrät." Um genau dieses Durchstehvermögen handelt es sich bei der Kulturweg-Stiftung Baden-Wettingen-Neuenhof seit Jahren. Wie das Amen in der Kirche wird die Diskussion um den Kulturweg seit seinem Bestehen in der Debatte des Voranschlages immer wieder neu aufgegriffen. Der Weg wird stets hinterfragt. Wie der Weg der Schweiz rund um den Urnersee zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft ist dazumal der Kulturweg der drei Gemeinden ins Leben gerufen worden.

Wir hören immer wieder, dass die Besucherinnen und Besucher vom Weg entlang der Limmat begeistert sind. Allen Unkenrufen zum Trotz will ich hier anmerken, dass nicht wenige Interessierte den Weg unter die Füsse nehmen. Die Prospekte, welche am Bahnhof Wettingen aufliegen, sind immer wieder vergriffen.

Mit unserem Kulturweg besitzen wir sozusagen ein Freilichtmuseum, das während 52 Wochen, an 365 Tagen und rund um die Uhr offen ist. Er ist allen Personen immer zugänglich. Die Natur einerseits und der Mensch andererseits machen das Leben dem Weg nicht immer leicht. Die Werkhöfe der drei Gemeinden sind immer wieder mit dem Unterhalt beschäftigt. Die Instandstellungsarbeiten von verwüsteten Skulpturen übersteigen die Möglichkeiten der genannten Werkhöfe. So ist z.B. beim Werk von Anton Egloff das Sicherheitsglas von Vandalen zertrümmert worden. Der darin aufgestellte Lebensbaum ist in die Limmat geworfen worden. Die Einzelstücke wurden schwimmender Weise aus dem Fluss geholt. Die Reparatur einer solchen Skulptur kann nicht irgendwo gemacht werden. Dazu muss der entsprechende Künstler gesucht werden. Es kostet Geld. Der Skulpturenweg hat seit Anbeginn Unterhaltskosten verursacht. Er wird auch weiterhin gepflegt werden müssen, wenn er attraktiv bleiben will. Ich habe langsam das Gefühl, dass er nicht mehr attraktiv ist. Eines Tages muss man sich eingestehen, dass er nur noch Schrott ist. An dem ist der Stiftungsrat nicht interessiert.

Als Sofortmassnahme ist für 2005 vorgesehen, drei Leihgaben zu installieren. Sie sollen nicht angekauft werden. Weiter sollen die Informationstafeln an den Hauptzugangsstellen beim Bahnhof Wettingen und beim Landvogteischloss aufgestellt werden. Die Wegweiser müssen aufge bessert werden. Darüber hinaus sollen ein kleiner, ein mittlerer und ein grosser Rundgang in verschiedenen Farben ausgeschildert werden. Es ist weiter die beste Absicht der Kulturwegstiftung, vermehrt mit anderen Institutionen im Raum Limmattal zusammenzuarbeiten. Ein gemeinsames Treffen ist bereits organisiert worden. Dazu gehören die Verantwortlichen der Vereinigung pro Wasserschloss, Kunstraum Baden, Baden Tourismus, Verkehrsverein Wettingen und Kunsthaus Aarau.

In den genannten Budgetbeträgen ist auch die Reparatur von vier Kunstwerken enthalten. Weiter gehört auch das Aufstellen der Leihgaben dazu, inkl. Transport und Versicherungen. Der Betrag beläuft sich da auf Fr. 45'000.00. Das Überarbeiten der diversen Dokumentationen, wie Signaltafeln, Wegweiser, Broschüren etc. macht weitere Fr. 18'500.00 aus.

Dem Stiftungsrat stehen eigene Mittel von Fr. 40'000.00 zur Verfügung. Von Wettingen und Baden werden je Fr. 15'000.00 erwartet. Von Neuenhof sind es auch noch Fr. 5'000.00. Neuenhof hat 2004 den Betrag nicht aus dem Voranschlag gestrichen.

Kulturkommission und Gemeinderat haben die Eingabe genau angesehen und sind der Auffassung, dass der Kulturweg unterstützt werden soll. Ich bitte, den Kürzungsantrag der Finanzkommission abzulehnen.

Hanspeter Koch: Ich will noch auf Marianne Weber antworten. Wir haben das Gefühl, die Hausaufgaben sind nicht gemacht worden. Die Kulturkommission hat im Juni festgehalten, dass ein Konzept fehlt und der Nachweis des Bedürfnisses schwer abzuschätzen ist. Damit die Budgetierung ordnungsgemäss erfolgen kann, beantragte die Kulturkommission, im Voranschlag 2005 unter gleichzeitiger Aufforderung an die Kulturwegstiftung ein detailliertes Konzept mit ausführlichem Budget bis zum 25. August 2004 nachzureichen. Das ist nicht passiert. Einzelne Ausgabepositionen sind bekannt gemacht worden. Es fehlt aber immer noch das Konzept.

Antoinette Eckert: Die Kulturwegstiftung hat nicht abgewartet. Sie hat Ende September eine weitere Sitzung abgehalten. Die Tafeln und Markierungen müssen nun dringend gemacht werden. Die Stiftung soll nicht gestraft werden, dass sie sich zwischenzeitig weiter mit dem Projekt befasst hat.

Es ist allenfalls in Betracht zu ziehen, in einer der nächsten Sitzungen zum Kulturweg eine Grundsatzdebatte zu führen.

Markus Maibach: Das Konzept stammt vom 28. August 2004, ob es ein Konzept ist, kann offen bleiben. Aber es ist ein Notbudget. Man ist dem Auftrag nachgekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Grundsatzdiskussion geführt wird. Wenn man heute kürzt, so ist man nicht ehrlich. Man kann nur das Minimum umsetzen. Es ist durchaus sinnvoll, dass die Stiftung ein Konzept über mehrere Jahre vorlegt. Das Eine schliesst das Andere nicht aus.

Abstimmung:

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 23 : 22 Stimmen abgelehnt.

340.365.00 Beiträge an Sportvereine (Klubhaus Fischerclub)

Markus Dieth: Es handelt sich hier um einen Budgetierungsfehler. Dem Fischerclub wurde nur ein Beitrag von Fr. 10'000.00 als Baubeitrag an das Klubhaus versprochen und auch so im Voranschlag 2004 bereits berücksichtigt. Der Budgetbetrag kann damit um Fr. 10'000.00 gekürzt werden.

310, 314, 319 tägi

Markus Dieth: Aufgrund von Tippfehlern beantragt die Finanzkommission folgende Korrekturen vorzunehmen: Kostenart 310 "Büromaterial, Drucksachen, Inserate" Reduktion gesamthaft um Fr. 13'500.00, Kostenart 314 "Baulicher Unterhalt durch Dritte" Reduktion gesamthaft um Fr. 39'500.00, Kostenart 319 "Uebriger Sachaufwand" Reduktion gesamthaft um Fr. 11'250.00.

346.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Marianne Weber: Wie ist die massive Steigerung auf Fr. 207'100.00 gegenüber dem Voranschlag 2004 begründet?

Gemeinderat Robert Picard: Die Erläuterungen auf Seite 8 geben genau Auskunft. Es geht um den Ersatz der Steamer im Saaloffice. Im Jahr sind es 50 bis 60 Anlässe mit Banketten bis 1'500 Personen. Schon ab 100 Essen werden die Steamer eingesetzt.

Paul Käufeler: Ohne Steamer kann nicht mehr bewirtet werden. Wir haben zu entscheiden, ob wir den Saal wollen oder nicht.

Thomas Bodmer: Es ist schade, dass die Fr. 100'000.00 nicht in den 2 Mio. Franken für den Küchenumbau Platz gefunden haben.

350.390.02 Mietzins für Ludothek

Dr. Markus Dieth: Es geht um eine interne Verrechnung des Mietzinses. Diese ist buchungsneutral. Es erfolgt eine Budgetkorrektur um minus Fr. 33'500.00.

Abstimmung:

Dem Reduktionsantrag der Finanzkommission wird einstimmig zugestimmt.

350.316.00 Miete Jugenddisco

Marianne Weber: Wir haben im letzten Jahr anlässlich der Prüfung des Rechenschaftsberichtes festgestellt, dass die Miete relativ hoch ist. Es wurde uns gesagt, es werde versucht, einen neuen Mietvertrag auszuhandeln. Wieso wurde keine Senkung erreicht?

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Das Gespräch mit Vermieter hat stattgefunden. Aber schon die Verwaltung hat festgestellt, dass die Miete tief ist. Wir haben es damit bewenden lassen.

4. Gesundheit**440.365.01 Gemeindebeitrag Spitex**

Dr. Markus Dieth: Die Interventionen der Finanzkommission vom vergangenen Jahr haben da insofern Früchte getragen, als im Rahmen der Spitexführung und Kostenverrechnung doch wesentliche Änderungen vorgenommen wurden, welche zu einer Kostensenkung oder zumindest klareren Kostenkontrolle und Transparenz beitragen können. Es wird sich zeigen, ob diese Umstrukturierungen den erhofften Erfolg bringen. Die Finanzkommission ist hier zuversichtlich und erwartet weiterhin transparente Informationen.

5. Soziale Wohlfahrt**540.365.02 Beiträge an Kinderbetreuung**

Dr. Markus Dieth: Die Finanzkommission ist weniger erfreut darüber, dass der Bericht über die abgeschlossene Pilotphase der regionalen Kinderbetreuung, welche als Grundlage für den budgetierten Betrag von Fr. 180'000.00 gelten musste, der Finanzkommission nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnte. Die Finanzkommission hat auf die Streichung des budgetierten Betrages aber verzichtet, zumal versprochen wurde, der Bericht liege bis zur Einwohnerratssitzung vor. Sollte sich zeigen, dass dieses Projekt nicht weitergeführt wird, wäre der budgetierte Betrag von Fr. 180'000.00 selbstverständlich nicht auszulösen.

Stefan Meier: Die Steigerung bei der Sozialhilfe, kann nicht unkommentiert hingenommen werden. 23 % mehr Aufwand bei der Sozialhilfe ist nicht unbeträchtlich. Es ist zu untersuchen, wo diese Mehrkosten herrühren. Sind es private Unterstützungen, die so massiv zunehmen? Sind es die immer wieder angesprochenen Alimentenbevorschussungen? Sind es Fehler bei der Integration, die zu Arbeitslosigkeiten führen? Reichen die bestehenden RAV-Beschäftigungsprogramme? Muss Armut mit immer mehr Stellenprozenten verwaltet werden? Muss noch eine 50 %-Stelle für die Statistik eingeführt werden? Wird damit nicht unsere Hilflosigkeit mehr zementiert? Ich rege an, dass eine gezielte Information gestreut wird. Denkbar wäre ein Informationsabend selbstverständlich freiwillig für alle Mitglieder des Einwohnerrates. Das sollte nicht einfach in Form von Zahlenmaterialien hingenommen werden.

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Zuerst zur Kinderbetreuung: Die Pilotphase ist noch nicht abgeschlossen. Sie dauert noch bis Ende 2004. Wir konnten aus diesem Grund den Bericht noch nicht definitiv abschliessen. Es liegt ein vorläufiger Bericht als Zwischenergebnis vor. An der Dezember-Sitzung wird die definitive Einführung beschlossen werden müssen. Der Gemeindevertrag ist dann zu verabschieden. Er wird die definitive Vereinbarung sein. Dazu braucht es das Einverständnis des Einwohnerrates.

Sozialhilfekosten: Ausführliche Berichte zur Entwicklung sind im Rechenschaftsbericht enthalten. Seit der Besprechung im Einwohnerrat hat sich die Situation nicht verändert. Ich weise darauf hin, dass alle Parteien in der Sozialkommission vertreten sind. Dadurch können sie die Entwicklung hautnah miterleben.

In den letzten Jahren war keine Stellenaufstockung nötig. Dank Effizienzsteigerungen in der Sozialabteilung konnten die Mehrbelastungen aufgefangen werden. Die Statistik wird uns vom Bund aufgezwungen. Die Gemeindeammänner und der Gemeinderat haben sich gewehrt. Der Kanton hat nicht mitgeholfen, sich dagegen zu wehren. Armut wird verwaltet, das ist eine Tatsache. Wir haben aber auch einen Verfassungsauftrag.

582.318.03 Honorare Betreuung B-Flüchtlinge

Dr. Charles Meier: Was sind B-Flüchtlinge? Ist das ein anderer Name für Asylbewerber? Worin besteht die Betreuung? Wer ist der Empfänger dieser Honorare?

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Flüchtlinge sind anerkannte Flüchtlinge und befinden sich nicht im Asylbewerberstatus. Sie werden von Dritten betreut. Wir haben die Betreuung an den Kanton abgetreten.

6. Verkehr

620.314.01 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Markus Maibach: Darin war ursprünglich noch ein Betrag für die Erweiterung der Tempo 30-Zone an der Sulzbergstrasse enthalten. Der Betrag wurde schon vom Gemeinderat gestrichen. Das wurde damit begründet, dass zuerst Messungen gemacht werden sollen. Wir erwarten, dass der Gemeinderat uns gestützt auf die Messungen darlegt, wie eine Erweiterung der Tempo 30-Zonen aussehen soll.

Gemeinderat Felix Feiner: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass kein Budgetbeitrag für Einzelmassnahmen vorgesehen werden soll. Wettingen ist als Ganzes anzusehen. Allenfalls ist dann dem Einwohnerrat eine Sondervorlage zu unterbreiten.

650 Regionalverkehr

Dr. Charles Meier: Gemäss Voranschlag ist die Position von 2,14 Mio. Franken um Fr. 15'000.00 tiefer als im Vorjahr. Meine Frage betrifft die Konten 650.361.00 (Beitrag Öffentlicher Verkehr) und 650.364.01 (Betriebskostenbeitrag RVBW AG). Ist der Fahrplanwechsel vom Dezember 2004 bereits berücksichtigt? Damit wird mehr Service geboten, es werden aber auch mehr Kosten generiert.

Nebenbei bemerkt, die Kosten des ÖV werden zu drei Vierteln vom Privatverkehr finanziert. Dazu tragen die Parkplätze mit Fr. 800'000.00 und die Bussen von Fr. 760'000.00 bei.

Gemeinderat Felix Feiner: Es ist richtig budgetiert. Der Betriebskostenbeitrag RVBW ist etwas höher wegen des neuen Angebotskonzepts. Im Randstundenkonzept musste das Angebot etwas erhöht werden. Auf der anderen Seite ist der Betrag beim Öffentlichen Verkehr, Konto 650.361.00, etwas tiefer. Das ist eine Folge davon, dass die Bahnlinie Wettingen-Baden Oberstadt-Mellingen eingestellt wird. Auch gibt es keine direkten Züge nach Koblenz-Zurzach mehr.

7. Umwelt, Raumordnung

780.318.04 Honorare Energieberatung

Dr. Markus Dieth: In Übereinstimmung mit dem Gemeinderat hätte bereits im Vorschlag lediglich ein Betrag von insgesamt Fr. 16'000.00 statt Fr. 24'000.00 erscheinen sollen. Darum wird hier eine Kürzung um Fr. 8'000.00 vorgenommen.

Abstimmung:

Der Kürzung wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

790.362.00 Beiträge an Regionalplanung

Dr. Charles Meier: Ich stelle den Antrag, diesen Budgetposten auf Fr. 20'000.00 zu kürzen. Das Schwergewicht der Aktivitäten von Baden Regio besteht in der Ausarbeitung von bürgerfeindlichen und freiheitsbekämpfenden Verkehrskonzepten. Es werden Steuergelder für verkehrspolitische Propaganda eingesetzt. Damit soll bei den Bürgern eine verkehrspolitische Umbesinnung, zu deutsch eine publizistisch schlaue verpackte Gehirnwäsche via die Lokalpresse verabreicht und das Umsteigen auf den OeV mit sachtem Zwang und schlechter Gewissensmacherei gefördert werden. Die Baden Regio war Mitveranstalterin des kürzlich abgehaltenen Mobilitätstages von Baden, der am 22. September 2004 im Trafo-Center stattgefunden hat. Im Rahmen dieses Mobilitätstages, unter dem rührigen Titel "Sorgen im Verkehrsparadies", wurde einmal mehr die beste Milchkuh der Regionsgemeinden, der motorisierte Strassenverkehr, angeschwärzt.

Als geistiges Fundament für neue Steuern fand ein Workshop über Road Pricing statt. Im Mittelalter wurde das mit Strassen- oder Brückenzölle bezeichnet. Moderator dieses Workshops war der Geschäftsführer des VCS Aargau, Herr Martin Bosshard. Der VCS ist mittlerweile durch seine Verhinderungspolitik hinlänglich bekannt, z.B. beim Stadionbau in Zürich, beim Migros Neubau in Oftringen und beim IKEA Neubau in Spreitenbach. Dank dem VCS werden beim Coop Neubau tägi ab erster Minute Parkgebühren zu entrichten sein.

Meine Ausführungen machen deutlich, dass eine Kürzung des Beitrags an Baden Regio durchaus angezeigt ist. Es kann nicht sein, dass weiterhin Steuergelder in Höhe von Zehntausenden von Franken für derartigen Unsinn wie der genannte Workshop über Road Pricing bezahlt werden. Das können wir getrost den privaten Organisationen wie dem VCS überlassen, die sich zum Ziel gesetzt haben, den privaten, motorisierten Strassenverkehr zu bekämpfen. Es wäre an der Zeit, dass Wettingen eigene Verkehrskonzepte entwickelt und nicht im Schlepptau der Stadt Baden fährt.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die Mitgliedschaft ist vom Einwohnerrat beschlossen worden. Der Einwohnerrat hat ebenfalls die Statuten genehmigt. Es handelt sich hier um gebundene Ausgaben.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit wird die Kürzung abgelehnt.

8. Volkswirtschaft und 9. Finanzen, Steuern

Keine Bemerkungen.

Rückkommen**150.318.01 Wehrmännerentlassung**

Pius Benz: Der Kanton macht keine Entlassungsfeier mehr. Werden damit die Wettinger Wehrmänner auch nicht mehr zum Imbiss eingeladen?

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die offiziellen Entlassungen werden aufgehoben. Die Wettinger sind bislang im Rahmen der Entlassungen zum Imbiss eingeladen worden. Wenn der Kanton keine Wehrmännerentlassungen mehr durchführt, macht es keinen Sinn, auch noch solche Einladungen vorzunehmen.

440 Krankenpflege

Madeleine Bürgler: Wie geht es mit den Pflegewohnungen weiter? Es fand eine Sitzung mit Raymond Picard und Alfons Egloff vom Alters- und Pflegeheim St. Bernhard statt. Was wird vom Gemeinderat her geplant? Wann sind welche Entscheidungen vorgesehen?

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Wir sind immer noch im Aufbau der bis vier Pflegewohnungen. Dann wird unser Konzept ist nicht abgeschlossen sein. Zwei Wohnungen sind bereits eröffnet, eine Dritte ist in Planung.

Es hat eine Besprechung mit der Leitung des St. Bernhard stattgefunden. Es ging darum abzuklären, welche Kosten realistisch sind. Wir sind in Verhandlung darüber, wie viel Subventionen möglich sind. Im Bereiche der Pflegeplätze will sich der Kanton aus der Finanzierung zurückziehen. Wir werden dafür sorgen müssen, dass alle Pflegesituationen ungefähr gleich behandelt werden.

Madeleine Bürgler: Im Moment kosten 100 Personen im St. Bernhard ungefähr gleichviel wie die 16 Personen in den Pflegewohnungen. Soll das Projekt wirklich ausgedehnt werden?

Gemeinderätin Dr. Doris Stump: Im Moment wird im Pflegheim noch ein Teil der Kosten durch den Kanton finanziert. Im privaten St. Bernhard sind wir für das ganze Defizit zuständig. Es passiert hier eine andere Finanzierung. Es wurde uns genau aufgezeigt, wieso in den Wohnungen Mehrkosten entstanden sind. Es stimmt, dass die Pflegewohnungen teurer ausgefallen sind, als dies im Konzept gerechnet wurde.

Artengliederung

Monica Benz: Es ist an sich erfreulich, dass die Gemeinde Wettingen pro 2003 entgegen aller gemeinderätlichen Prognosen erneut einen sehr guten Rechnungsabschluss ausgewiesen hat, obwohl dies weniger auf den Sparwillen der Exekutive als auf die realisierten Mehreinnahmen an Steuern, Gebühren und Abgaben zurückzuführen ist.

Immerhin muss man auch der Verwaltung in diesem Zusammenhang ein Kränzchen winden, leistet sie doch im Allgemeinen sehr gute Arbeit, unterstützt von einer komfortablen Infrastruktur und unter Inkaufnahme eines nicht zu unterschätzenden bürokratischen Aufwandes.

Auch der Voranschlag 2005 geht in diese Richtung. Man rechnet wieder mit Mehreinnahmen und hält sich bei den Ausgaben, auch dort wo man könnte, kaum zurück. Das Ergebnis schlägt sich in einem Anstieg vom Nettoaufwand um satte 5,8 % nieder.

Beim Personalaufwand, Sachart 301, können wir eine Zunahme von stolzen 3 % feststellen, welche nicht nur auf zusätzliche Stellenprozente sondern auch auf die beabsichtigte Lohnangleichung von 1,6 % zurückzuführen ist. Wie schon das letzte Jahr mit 2 % Anhebung entspricht dieser Prozentsatz wiederum weder den kantonalen noch den wirtschaftlichen Lohnprognosen, noch können Gründe wie starker Teuerungsanstieg oder anderes angeführt werden. Nach meinen Informationen redet man im Kanton von max. 1 % und in der Wirtschaft von 0,5 - 1,0 %.

Die SVP wünscht sich deshalb und sieht es als sozial verträglich an, dass sich der Gemeinderat dieses Jahr und inskünftig mehr an den kantonalen Richtwerten orientiert und stellt den Antrag, die Lohnanhebung für 2005 um 0,6 % auf 1% zu senken. Für den Einzelnen macht dies pro Monat im Durchschnitt unter Fr. 100.00 aus, summarisch für den Personalaufwand aber über Fr. 100'000.00 Bitte denken Sie bei Ihrem Entscheid zu dem Antrag auch daran, dass die heutigen Verwaltungslöhne durchaus mit der Wirtschaft standhalten, die Gemeinde ein sicherer Arbeitgeber ist, ein modernes Arbeitsumfeld gute Sozialleistungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und sonstige Annehmlichkeiten bietet, wie sie in der Wirtschaft nicht überall und vor allem auch nicht auf die Dauer zu finden sind.

Dr. Markus Dieth: Die Besoldungsanpassung ist im Budget 2005 mit 1,6 Lohnprozenten berücksichtigt. Die budgetierte Lohnsumme für das festangestellte Personal verzeichnet gegenüber dem Voranschlag 2004 einen Mehraufwand von 4,07 % (Vorjahr: 5,51 %) oder rund Fr. 552'576.00. Dafür verantwortlich sind die diversen einzelnen Pensenaufstockungen: Gemeindepolizei 400 %; Betriebsamt 100 %; Schulsozialarbeit 70 %; Einwohnerkontrolle 30 %; Informatik 10 %.

Die finanzielle Lage der Gemeinde darf nach wie vor als gut bis sehr gutbezeichnet werden. Im Jahre 2003 konnten die Nettoschulden um rund 7 Mio. Franken reduziert werden. Die Nettoschuld beträgt pro Einwohner noch Fr. 443.00 (Kantonsdurchschnitt ca. Fr. 1'500.00). Der Steuerfuss konnte zudem im Rechnungsjahr 2004 auf 92 % reduziert werden. Wettingen liegt damit auf der Steuerrangliste im Kanton auf Platz 6.

Im Voranschlag 2004 war eine Lohnanpassung von 1,5 % vorgesehen, welche nicht voll ausgeschöpft wird (1 %). Im Finanzplan 2004-2008 wurde beim Nettoaufwand eine Zuwachsrate von 2 % eingesetzt. Mit der vorgeschlagenen Lohnanpassung von 1,6 % und der Einhaltung der Budgetrichtlinien beim Sachaufwand darf davon ausgegangen werden, dass dieses Planziel im Jahr 2005 erreicht werden kann.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Besoldungsanpassung soll im Voranschlag 2005 1,6 % der Lohnsumme betragen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Besoldungsentwicklungen: Die Kriterien sind im Personalreglement enthalten. Die Finanzlage ist ein Aspekt und die ist gut. Wir können uns nicht an den anderen Gemeinden messen. Es sind unsere eigenen Verhältnisse massgebend. 1,6 % ist das Maximum. Der Gemeinderat war in den letzten Jahren immer zurückhaltend mit der Ausschöpfung des budgetierten Betrages. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Mit grosser Mehrheit wird der Reduktionsantrag der SVP abgelehnt.

Verpflichtungskontrolle, Übersicht laufende Rechnung, Ergebnis, Abschreibungen, Stellenplan

Keine Bemerkungen.

EWV

Keine Bemerkungen.

Dr. Charles Meier: Ich darf heute ausnahmsweise drei Komplimente machen. Eines betrifft den Laden. Es ist der EW-Leitung gelungen, einen Überschuss von Fr. 600.00 zu budgetieren. Ich schätze diesen Laden. Es wird hier eine gute Dienstleistung geboten und ich bin froh, für die betreffenden Einkäufe nicht nach Baden fahren zu müssen.

Das zweite Kompliment gilt den Wettinger Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern: Dank der Ablehnung der Verselbstständigung kann das EWW der Gemeinde nächstes Jahr immerhin Fr. 710'000.00 abliefern. Wäre es privatisiert worden, wäre es steuerpflichtig geworden. Zusätzlich zur Steuerbelastung wären bei einer Verselbstständigung auch noch die Kosten für das Umschreiben der Liegenschaften auf die neuzugründende AG hinzugekommen. Das EWW als Gemeindeanstalt ist auf alleinigem Fuss lebensfähig ist.

Das dritte Kompliment betrifft die Stromkostensenkung, die voll an die Einwohner weitergegeben wird. Ich hoffe, andere Gemeindebereiche werden diesem Beispiel folgen.

Steuerfuss

Dr. Markus Dieth: Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Steuerfuss des Voranschlags 2005 der Einwohnergemeinde auf 92 % zu belassen und den Pflichtabschreibungssatz auf 15 % festzusetzen.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, im Voranschlagskredit 990.332.02 "Zusätzliche Abschreibungen" Fr. 99'750.00 (Ausgleich Ergebnisverbesserung) zu veranschlagen.

Abstimmung:

Mit 40 : 3, bei 2 Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlag des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 92 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 15 % festgelegt werden.

Budgetausgleich

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Ergebnisverbesserung von Fr. 99'750.00 wird im Konto 990.332.02 "Zusätzliche Abschreibungen" vorgenommen.

Schlussabstimmung

Mit 43 : 0, bei 2 Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlag des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 92 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 15 % festgelegt werden.

4 Vereinbarung über die Organisation der Oberstufe in Wettingen und Würenlos

Yvonne Feri: Die Geschäftsprüfungskommission hat das überarbeitete Geschäft nochmals geprüft. Die nun vorliegende Vereinbarung wurde mit folgenden Punkten ergänzt: Die Aufzählung der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, nämlich a) die Kreisschule, b) Wettingen führt die gesamte Oberstufe von Wettingen und Würenlos oder c) Wettingen und Würenlos regeln das notwendige Minimum durch einen Vertrag.

Weiter wurden diverse Fragen aus unserem Kreise aufgenommen und beantwortet sowie die geforderte Kündigungsklausel wurde ausformuliert. Der Gemeinderat erachtet die Vertragslösung zum jetzigen Zeitpunkt als die sinnvollste. Das Departement Bildung, Kultur und Sport hat dieser Variante zugestimmt.

Die Kündigungsklausel wurde unseres Erachtens in einer Form ausgestaltet, welche gut umsetzbar ist.

Die Antworten auf die Fragen aus dem Einwohnerrat gaben am meisten zu diskutieren. Vor allem will die Kommission hier festhalten, dass die Transportkosten auf jeden Fall von der Gemeinde übernommen werden sollen. Es ist klar, dass die Kinder in erster Linie mit dem Velo nach Würenlos fahren sollten, doch gibt es auch Gründe, welche dies verunmöglichen. In diesem Fall müssen die Buskosten übernommen werden.

Nochmals zum Auswahlverfahren der Kinder: Die Kommission sieht auch Vorteile für Kinder, welche nach Würenlos in die Schule gehen können. Z.B. hat Würenlos die kleinere Anzahl Schüler und Schülerinnen pro Klasse, was sich vorteilhaft auswirken kann. Trotzdem muss gut darauf geachtet werden, dass v.a. Kinder nach Würenlos gehen können, welche sich freiwillig melden. Das erhöht die Integrations- und Erfolgchancen für alle Beteiligten. Da bitten wir die Schulpflege ein sinnvolles Auswahlverfahren einzuführen.

Natürlich betrifft dieser Aufruf auch die Lösungsfindung in Sachen Schulsport, Musikschule und andere Notwendigkeiten. Wir sehen in der Vorlage den guten Willen für die Schüler und Schülerinnen das Beste zu bieten und hoffen, dass dies auch so umgesetzt wird. Evtl. könnte nach einem Jahr ein Zwischenbericht an den Einwohnerrat erfolgen.

Die Geschäftsprüfungskommission stimmt der vorliegenden Fassung zu und bittet den Einwohnerrat, dasselbe zu tun.

Hanspeter Koch: Die CVP ist für die Vereinbarung. Die Fragen, welche anlässlich der Rückweisung gestellt worden sind, sind beantwortet. Uns ist es insbesondere um die Variantendarstellung gegangen. Es sollten die Vor- und Nachteile für beide Gemeinden aufgezeigt werden. Auch wollten wir etwas zur Kündigungsklausel hören.

Heute ist uns im Wortlaut der Kündigungsklausel etwas nicht ganz passend. Wir wollen hier noch eine Anpassung beantragen. In der Klausel ist die Rede davon, dass die Kündigung nur bei Änderung grundlegender Bedingungen Gültigkeit hat. Was heisst grundlegende Bedingungen? Handelt es sich hier um die Anzahl ausquartierter Schüler? Ist es die Auswahl der Schülerinnen und Schüler? Man sieht anhand dieser Fragen, dass die Formulierung schnell zu Schwierigkeiten führen kann.

Wir stellen aus diesem Grund folgenden Zusatzantrag: "Die Vereinbarung kann auf Ende eines Schuljahres unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist beiderseits aufgelöst werden."

Eva Lanz: Wir haben schon anlässlich der letzten Sitzung Vorbehalte gehabt. Wir haben sie grundsätzlich immer noch. Wir wollen als Gemeinde Wettingen die Zentrumsaufgaben erfüllen. Es gehört zu unseren Standortvorteilen, dass Eltern und Kinder davon ausgehen können, dass man hier zur Schule gehen kann. Wenn wir dennoch zustimmen, so tun wir es im Bewusstsein, dass es sich im Moment um eine Minimallösung handelt. Die Zustimmung ist mit der Bedingung verknüpft, dass es wenige Kinder sind, die freiwillig ausgewählt werden. Wenn es mehr als 5 Kinder oder gar eine halbe oder ganze Klasse wäre, so sähen wir darin einen Grund zur Kündigung der Vereinbarung. Wir können uns dem Änderungsantrag der CVP anschliessen.

Wie sieht der Gemeinderat die Schmerzgrenze für die Kündigung? Nach unserer Auffassung sollte jährlich im Rahmen des Rechenschaftsberichtes über den Schüleraustausch orientiert werden.

Vizeammann Heiner Studer: Für uns ist die Anpassung der Vereinbarung im Sinne der CVP nicht problematisch. Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass im Falle einer Kündigung nicht einfach nichts gemacht werden kann. Man muss dannzumal mit Würenlos aus den geschilderten Varianten eine neue Lösung finden. Wir können uns unter dieser Bedingung mit der CVP einverstanden erklären.

Wenn die Vereinbarung geschlossen ist, so wird man sich schon bald nicht mehr daran erinnern, dass sie geschlossen worden ist. Die Prognosen zeigen nur kleine Zahlen zum Austausch.

Abstimmung

Mit grosser Mehrheit wird der Zusatzantrag der CVP gutgeheissen.

Schliesslich fasst der Einwohnerrat mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Vereinbarung über die Organisation der Oberstufe in Wettingen und Würenlos wird genehmigt.

5 Kreditbegehren von Fr. 410'000.00 für die Renovation des Brühlparkes

Beat Brunner: Im Jahre 1984 wurde der Brühlpark in seiner heutigen Form eingeweiht. In der Zeit seit der Eröffnung hat sich die Parkanlage als fester Bestandteil des Zentrums etabliert und es kommt ihm gesamtstädtische Bedeutung zu. Trotz regelmässiger Pflege und Instandstellungsarbeiten konnte nicht verhindert werden, dass sich gewisse Abnutzungserscheinungen zeigen. Teilweise bestehen jedoch auch konzeptionelle Mängel.

Der Handlungsbedarf besteht aufgrund verschiedener Ursachen. Es sind dies: Beschädigungen bzw. Abnutzungserscheinungen im Kinderspielbereich oder Vandalismusschäden bei Mobiliar, Mauern und Beleuchtung sowie Sprayerein und Beschädigung von Bäumen; Veralgung des Bassins, während den Sommermonaten entwickeln sich aufgrund der Erwärmung des Wassers unschöne Algen; Defizite im Unterhalt von Pflanzen und Flächen.

Das Postulat betreffend Verwahrlosung des Brühlpark, welches am 11. Dezember 2003 von Roland Brühlmann eingereicht worden ist, wurde am 11. März 2004 überwiesen und trug bald Früchte.

Als Sofortmassnahme wurde eine Rodungsaktion durchgeführt. Die grundsätzlichen Defizite lassen sich jedoch nicht mit Baumschere und Rasenmäher korrigieren. Eine Steigerung der Attraktivität soll die Bevölkerung zu vermehrter Nutzung und zum Verweilen einladen. Dadurch kann in Bezug auf die Beschädigungen und die allgemeine Sicherheit im Park eine Verbesserung erreicht werden.

Diese generellen Ziele will man mit folgenden Massnahmen erreichen: Intensivierung von Pflege und Unterhalt; Intensivierung der Kontrolle und Überwachung durch Polizei und/oder Securitas; bauliche Renovations- und Optimierungsmassnahmen; Förderung des Parkbesuchs durch Anlässe wie: Parkkonzerte der Wettinger Musikgesellschaften und Musikvereine, Parkfest des Quartiervereins, Kunstausstellung, Apéros etc.

Die Strukturen und die Architektur des Parks haben sich bewährt. Der vorliegende Kreditantrag ist sehr detailliert erarbeitet. Die Basis ist ein vom Büro SKK erarbeitetes Renovationskonzept mit ausführlichem Bericht. Der Bericht ist in der Vorlage sehr gut zusammengefasst. Die Erscheinung des Parks ist in der Tat nicht sehr einladend.

Der Unterhalt wurde offensichtlich etwas vernachlässigt. Die konzeptionellen Mängel zu Beleuchtung, Bepflanzung und Wasserbecken sollen, ja müssen, bei einem Eingriff beseitigt werden. Die geschätzten Kosten hierfür sind und plausibel.

Die Finanzkommission stellt jedoch in Frage, ob es notwendig ist, sämtliche Wege mit seitlichen Abschlüssen zu versehen und mit einem Asphaltbelag zu versiegeln. Einerseits ist es nicht notwendig, Wege in Parks derart zu versiegeln, andererseits hat eine Harte, nicht sickerfähige Oberfläche zur Folge, dass im Winter nicht nur gepflügt, sondern auch entsprechend gesalzen werden muss.

Ausserdem ist anzunehmen, dass die Anlage durch einen harten Belag auch Inline-Skater und Skateboarder in grosser Anzahl anziehen könnte und dadurch eine latente Unfallgefahr entstehen würde.

Im Sinne einer Trennung von Notwendigem und Wünschbarem beantragt die Finanzkommission, bei der Ausarbeitung des Projektes auf die Versiegelung der Wege zu verzichten. Die Beläge von Wegen und Plätzen können mit durchlässigem Belagsmaterial, ohne Randabschlüsse, belassen werden. Die stärkere Frequentierung der Anlage wirkt der Entwicklung von Unkraut und Gras entgegen. Ausserdem wirkt die erleichterte Austrocknung der Flächen, einer Vermoosung entgegen.

Der Kredit kann mit dieser Variante, aufgrund von grösstenteils entfallenden Kosten für Beläge und Planungsaufwand, um ca. Fr. 85'000.00 reduziert werden. Darüber hinaus kann auch der Betrag für Unvorhergesehenes, im Verhältnis zur Bausumme, um Fr. 15'000.00 vermindert werden.

In dieser Summe könnte gegebenenfalls auch dem Postulat Yvonne Feri betreffend Erstellung, Erweiterung oder Umbau eines Spielplatzes, Rechnung getragen werden.

Nach Meinung der Finanzkommission ist, angesichts der Genauigkeit der vorliegenden Kostenzusammenstellung, eine pauschale Reduktion um Fr. 100'000.00 vertretbar. Die Finanzkommission beantragt eine Kürzung des Kreditantrages zur Renovation des Brühlpark, um die oben erwähnten Positionen im Betrage von Fr. 100'000.00.

Madeleine Bürgler: Die FDP hat eine lange Diskussion geführt. Wir stellen den Antrag auf Rückweisung. Wir begründen dies wie folgt: Die Kritik über die mangelhafte Pflege und das düstere Wäldchen war berechtigt. Sie betraf aber primär die Unordnung und nicht die Infrastruktur der Anlage. Ein Augenschein hat gezeigt, dass die wichtigsten Aufräum- und Auslichtungsarbeiten mit dem bestehenden Personal und innerhalb des Budgets haben vorgenommen werden können. Folglich ist die Dringlichkeit der Vorlage im Moment nicht gegeben. Die Vorlage hat Diskussionen wegen des Parks als Ganzes hervorgerufen. Die Aussprache hat gezeigt, dass dem Spielplatz ansich mehr Raum gegeben werden müsste. Wir wollen in diesem Zusammenhang die Eingabe von Yvonne Feri bezüglich des Spielplatzes aufgreifen. Könnten die beiden Vorlagen nicht zusammengeführt werden? Kann für den Park nicht eine gute Lösung gefunden werden? Kann der Rest nicht über den normalen Unterhalt bewerkstelligt werden? Was nun gemacht werden soll, ist alles etwas teurer.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Ich bitte Sie den Rückweisungsantrag abzulehnen. Der Brühlpark ist eine gefreute Anlage, aber sie hat einen grossen Handlungsbedarf. Die Arbeiten sollten nicht weiter hinausgeschoben werden. Man sollte an das Werk herangehen.

Der Gemeinderat hat auch im Zusammenhang mit dem Postulat Feri eine Prüfung vorgenommen. Auch wenn heute über diesen Kredit beschlossen wird, so ist das immer noch mit dem Postulat Feri verträglich.

Roland Müller: Die CVP will keinen weiteren Aufschub. Auch wir sehen kein Problem nun vorwärts zu machen. Auch später sind noch Aenderung im Kinderspielbereich möglich. Wir begrüssen den Antrag der Finanzkommission. Auch wir bitten Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Jonas Huggenberger: Der schöne Brühlpark ist heute nicht mehr so schön. Das ist ein Armutszeugnis für die Gartenstadt Wettingen als grösste Gemeinde des Kantons. Der Verlumpung des Parks muss Einhalt geboten werden. Das vom Gemeinderat vorgelegte Renovationskonzept ist dringend notwendig und wird in dieser Form von der Fraktion SP/WettiGrünen unterstützt. Ja, Lebensqualität kostet. Auch wenn der Belag unterhaltsintensiv ist, eine Betonierung der jetzigen Kieswege wäre weder sinnvoll noch wünschenswert, haben wir in Wettingen doch genug Strassen. Für die Planung des Bereiches Spielplatz sollen die echten Experten - also die Kinder - unbedingt mitwirken können.

Marco Kaufmann: Die Fraktion EVP/Forum 5430 hat sich über den Antrag gefreut. Wir können uns auch dem Antrag der Finanzkommission anschliessen. Die Versiegelung kann vermieden werden. Man muss sich bewusst sein, dass chaussierte Beläge unterhaltsintensiver sind. Jetzt kann Geld gespart werden, später ist aber ein Mehrunterhalt nötig.

Markus Widmer: Ich befürworte den Antrag der Finanzkommission. Ich glaube auch, dass es noch günstiger gemacht werden kann. Ich bitte den Gemeinderat, die Sache genau zu prüfen. Man sollte den Park nicht zu einer sterilen Landschaft umgestalten. Es soll der Natur den Lauf gelassen werden. Es sollen nicht alle Pflanzen in eine Schablone gezwängt werden. Eine Weggestaltung in natürlicher Form gehört auch dazu.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag wird mit grosser Mehrheit, bei 7 Gegenstimmen, abgelehnt.

Der Kürzungsantrag der Finanzkommission wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Dr. Charles Meier: Ich habe noch eine Anregung. In einen Park gehören auch Blumen, das sollte noch im Kreditbegehren Platz haben.

Roland Müller: Die CVP will anregen, dass der Spielraum in der Position Unvorhergesehenes wenn möglich für den Kinderspielplatz eingesetzt wird.

Roland Brühlmann: Ich danke für die Entgegennahme des Postulates und die turbomässige Umsetzung im Rahmen dieses Kreditbegehrens.

Abstimmung:

Mit grosser Mehrheit fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Dem Kreditbegehren von Fr. 310'000.00 für die für die Renovation des Brühlparkes wird zugestimmt.

6 Abwasserverbandes Region Baden Wettingen (ABW); Wahl der Abgeordneten

In offener Abstimmung fasst der Einwohnerrat folgende Beschlüsse:

Als Abgeordnete werden gewählt: Roland Müller, Thomas Bodmer, Marianne Ryf

Als Stellvertreter der Abgeordneten werden gewählt: Daniel Kost, Beat Brunner, Marco Kaufmann

7 Postulat Dr. Markus Dieth vom 9. September 2004 betreffend Überprüfung der Sicherheit bezüglich Absturzsicherung im allgemeinen und insbesondere der Treppenhäuser in den Wettinger Schulen; Entgegennahme

Dr. Markus Dieth: Auslöser für dieses Postulat war der Sturz eines Viertklässlers in der Gemeinde Rohr. Er beim Herunterrutschen auf einem Treppengeländer das Gleichgewicht verloren und ist zu Tode gestürzt. Das hat auch das Bundesgericht beschäftigt.

Es kam zum Schluss, dass eine Gemeinde dann haftbar gemacht werden kann, wenn zu wenig vorgekehrt worden ist, um solche Unfälle zu vermeiden. Unter diesen Vorzeichen ist eine Ueberprüfung an den Wettinger Schulen durchaus angezeigt.

Dr. Karl Frey: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Dazu ist noch Folgendes festzuhalten: Im Jahre 2001 wurden alle Anlagen überprüft und auf den damaligen Stand der Anforderungen gebracht; massgeblich war die SIA-Norm 358 ("Geländer und Brüstungen"). Mit dem Bundesgerichtsentscheid vom 16. August 2004 gelten nun erhöhte Anforderungen bezüglich dem Rutschen auf dem Geländer. In der Folge wurden die Schulanlagen bezüglich der erhöhten Anforderungen überprüft. Die HPS ist in Ordnung; bei allen übrigen Schulanlagen besteht Handlungsbedarf. Der Gemeinderat hat folgendes Vorgehen in Aussicht genommen: Sofort sollen zulasten der laufenden Rechnung alle Geländer und Brüstungen provisorisch nachgerüstet werden. Für die bereits sanierten Schulanlagen (Sulperg, Lägern, Margeläcker) werden Verpflichtungskredite für die definitive Sanierung vorgesehen; für die übrigen Schulanlagen (Zehntenhof, Altenburg, Bezirksschule) erfolgt die definitive Mängelbehebung im Rahmen der Sanierung.

Werner Hartmann: Ist das Rathaus auch schon überprüft worden? Ich erwarte keine Antwort.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

Wettingen, 30. November 2004

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsident

Protokollführer

Marcel Huggenberger

Urs Blickenstorfer